

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke
Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Matthias Rensch

Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann
Stimmberechtigte Sachverständige (Vertretung) Elke Meiners
Stimmberechtigter Sachverständiger Klaus Puschmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Witton
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
beratendes Mitglied Ulrike Luhmann
beratendes Mitglied (Vertretung) André Schulze-Lindbergh
beratendes Mitglied Gabriele Willich

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Nicole Biela

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied (Vertretung) Susann Oelrichs

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied Jörg Ratzmann

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Protokollführerin

Protokollführer Blanca Homma

Als Gast

Wiebke Hacke

Ute Schürmann

Thomas Schmacker

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Janine Caspers

Grundmandat Torsten Kastrioti

Grundmandat Michael Kiesewetter

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût

beratendes Mitglied (Vertretung) Jasmin Meiners

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt

beratendes Mitglied Inga Schollenberger

beratendes Mitglied Doris Voges

beratendes Mitglied Niels Westerholt

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.12.2022
- 4 Vorstellung des Projekts „Klassenassistenzen“ an der Paul-Hug-Schule und der Grundschule Sengwarden
- 5 Kindertagespflege
- 5.1 Erfahrungen mit dem Projekt der Großtagespflege in Wilhelmshaven
- 5.2 Eckpunkte der beabsichtigten Neufassung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege
- 6 Antrag SPD-Fraktion: Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens für den Bau **578/2022** und den Betrieb einer Kindertagesstätte
- 7 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme/Entsendung eines beratenden Mitglieds **501/2023** aus dem Behindertenbeirat sowie eines Mitglieds aus dem Jugendparlament in die Ausschüsse nach § 71 Abs. 1 NKomVG
- 8 Berufung/Abberufung eines beratenden Mitgliedes und der Vertretung für den **31/2023** Jugendhilfeausschuss
- 9 Gesetzliche Anforderungen an die Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG)
- 10 Mitteilungen und Anfragen
- 10.1 Vorstellung der neuen Geschäftsführung des Vereins für kommunale Prävention (VKP)
- 10.2 Kurzbericht zur Messe "Sozial in die Zukunft"
- 10.3 Bericht aus der Verwaltung: Jugendschöffenwahl 2023
- 10.4 Sachstand Vergabe Kita Fedderwarden
- 10.5 Jahresplanung 2023

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hager schlägt vor, den TOP 10.4 „Vorstellung der neuen Geschäftsführung des Vereins für kommunale Prävention (VKP)“ als ersten TOP unter „Mitteilungen und Anfragen“ zu besprechen, damit die anwesenden Gäste weniger lange warten müssen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.12.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.12.2022 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorstellung des Projekts „Klassenassistenzen“ an der Paul-Hug-Schule und der Grundschule Sengwarden

Nachdem Herr Schmacker den Jugendhilfeausschuss in den Räumlichkeiten der Paul-Hug-Schule begrüßt und das Schulkonzept erklärt, stellen Herr Ratzmann, Herr Schmacker, Herr Kurbjewit und Frau Schürmann das Projekt „Klassenassistenzen“ vor. Die enorme Steigerung der Inanspruchnahme von Schulbegleitungen nach § 35a in den vergangenen Jahren habe nicht nur zu einer Kostenexplosion geführt, sondern bringe auch fachliche Herausforderungen mit sich. Mit dem Projekt (Konzept in der Anlage) seien die Kosten kalkulierbar, das Stigma durch die notwendige Diagnose einzelner Kinder entfalle und die Hilfe komme allen Kindern in der Klasse zugute. In den beiden Projektschulen Paul-Hug-Schule und Grundschule Sengwarden sei das Projekt sehr erfolgreich. Aus diesem Grund werde angestrebt, das Projekt um mehrere Schulen zu erweitern.

Diese Erweiterung verlange jedoch einen politischen Beschluss, da die bisherigen Schulbegleitungen nach § 35a eine Pflichtleistung seien und der Einsatz von Klassenassistenzen eine freiwillige Leistung sei. Zwar werde davon ausgegangen, dass die Gesamtkosten durch das Projekt dauerhaft stabilisiert werden können, es müsse jedoch sichergestellt werden, dass diese Mittel nicht gekürzt würden.

Frau Stomberg befürwortet das Projekt. Aus Nachfrage aus dem Ausschuss erklären Herr Ratzmann und Frau Dr. Haarmann, dass das Personal für die Klassenassistenzen das gleiche bleibe, wie bei den bisherigen Schulbegleitungen. Lediglich die Arbeitsbedingungen werden verbessert. Herr Puschmann fragt nach, was mit Kindern sei, die dennoch eine Diagnose benötigen. Herr Ratzmann und Herr Kurbjewit informieren darüber, dass auch vollkommen unabhängig davon andere Hilfen, für die eine Diagnose benötigt werde, in Anspruch genommen werden können. Weiterhin sei auch ein Antrag auf eine Hilfe nach §35a mit Diagnose möglich, es werde jedoch davon ausgegangen, dass dies nur in Einzelfällen der Fall sei.

5 Kindertagespflege

5.1 Erfahrungen mit dem Projekt der Großtagespflege in Wilhelmshaven

Herr Schönfelder ruft den Ausschussmitgliedern ins Gedächtnis, wie die Großtagespflege in Wilhelmshaven begonnen habe. Es sei der außergewöhnliche Weg eines Interessenbekundungsverfahrens gewählt worden, um ein familiennahes Angebot, insbesondere für kleine Kinder, zu schaffen. Seither gebe es sehr gute Erfahrungen mit der Großtagespflege. Herr Ratzmann ergänzt, dass mit den „Eulenkindern“ auch ohne ein solches Verfahren und die damit verbundene Unterstützung eine sehr erfolgreiche Großtagespflege geschaffen worden sei. Die Kindertagespflege sei seit einigen Jahren ein fester Bestandteil der KiTa-Bedarfsplanung und soll daher gerecht finanziert werden.

5.2 Eckpunkte der beabsichtigten Neufassung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege

Herr Hager gibt den Ausschussvorsitz für den TOP 5.2 an seine Stellvertretung Frau Heide ab, da er beabsichtigt, sich zum vorgestellten Entwurf zu positionieren.

Herr Ratzmann stellt die Eckpunkte des neuen Satzungsentwurfs anhand der anliegenden Präsentation vor. Der Entwurf sei mit interessierten Tagespflegepersonen vorbesprochen worden. Im Budget seien statt bisher 1 Mio. € nun 1,6 Mio. € vorgesehen. Herr Schönfelder ergänzt zu den erläuterten Punkten, dass die finanzielle Ausstattung der Großtagespflege sowie Vertretungsmöglichkeiten von Tagespflegepersonen noch einmal genauer angesehen werden.

Herr Ratzmann schlägt vor, einer der anwesenden Kindertagespflegepersonen Rederecht zu erteilen. Der Ausschuss stimmt zu. Die anwesenden Kindertagespflegepersonen stimmen sich ab und erteilen Frau Schneider das Rederecht.

Herr Hager fordert, dass mehr Krankheitstage der Kinder sowie der Tagespflegepersonen finanziert werden. Er kündigt an, dass es einen Änderungsantrag der SPD geben werde, wenn der Entwurf zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Herr Baruschke stimmt Herrn Hager zu und erklärt, dass auch die Sachkostenpauschale in anderen Kommunen höher sei. Er wünsche sich eine regelmäßige Begutachtung der Satzung, um die Kostensätze anzupassen. Frau Stomberg stimmt zu und erfragt nähere Informationen zu den Fortbildungen. Frau Sanchez Mengeler erfragt, inwiefern Inflationsausgleich und Heizkostenpauschalen gezahlt werden.

Herr Ratzmann antwortet, dass eine regelmäßige Anpassung gemäß Inflationsindex automatisch vorgenommen werde und darin auch die Heizkostensteigerung enthalten sei. Weiterhin sei in Wittmund und Friesland zwar der Sachkostensatz höher, dafür sei der gesamte Stundensatz jedoch in Wilhelmshaven erheblich höher. Fortbildungen werden vom FAKIS und online angeboten.

Frau Stomberg äußert nachdrücklich, dass eine bessere finanzielle Ausstattung notwendig sei und stellt in Frage, dass nur die tatsächlich geleisteten Stunden abgerechnet werden und die Pauschalierung somit nicht fortgeführt werde.

Herr Schönfelder erinnert daran, dass es sich um Steuergelder handle und auch gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt nachgewiesen werden müsse, dass die finanzierten Leistungen erbracht wurden. Das Problem sei keines in Wilhelmshaven, sondern ein deutschlandweites. Weiterhin handle es sich nur um einen Entwurf, den die Verwaltung auf Grundlage der Diskussion noch verändern werde. Ebenso wie zuvor bereits Herr Ratzmann erklärt Herr Schönfelder, dass die teils sehr emotionale Wortwahl unangebracht sei und fordert eine rationale Argumentation.

Herr Suberg äußert, dass Ausfallzahlungen für Selbstständige nicht die Regel seien und bei gleicher Qualifikation in der freien Wirtschaft weniger gezahlt werde. Herr Puschmann appelliert ebenfalls, sachlich zu argumentieren. Als KiTa-Träger sei ihm bewusst, wie dringend Betreuungsplätze für Kinder benötigt werden und das Angebot der Kindertagespflege sei sehr wichtig. Dennoch müsse eine Verhältnismäßigkeit bewahrt werden. KiTa-Träger bekämen 11,4 Krankheitstage des Personals erstattet. Der aktuelle Satzungsentwurf sei auf Augenhöhe mit KiTas kalkuliert. Das befürwortet Herr Puschmann, er bittet jedoch, nicht darüber hinaus zu gehen, da dies problematische Auswirkungen auf die KiTas habe. Die Erzieherinnen haben eine fünfjährige Ausbildung absolviert, eine Besserstellung der Kindertagespflegepersonen sei nicht anzustreben.

Frau Schneider betont, dass ein Vergleich des Einkommens von Erziehern mit dem Einkommen von Kindertagespflegepersonen nicht möglich sei, da die Kosten der Tagespflegepersonen nicht berücksichtigt worden seien. Weiterhin werde in anderen Kommunen eine höhere Anzahl von Ausfalltagen finanziert. Kindertagespflegepersonen machen sich ob der Satzung existenzielle Sorgen.

Herr Weithöner bittet um Information über die tatsächlich anfallenden Kosten der Kindertagespflegepersonen, um eine Einnahmen-Ausgaben-Gegenüberstellung vornehmen und das tatsächliche Gehalt berechnen zu können.

Frau Heide erklärt, dass die Argumente nun ausgetauscht worden seien und beendet die Diskussion. Herr Schönfelder kündigt an, dass die Diskussionspunkte seitens der Verwaltung überarbeitet werden.

- 6 Antrag SPD-Fraktion: Einleitung eines 578/2022
Interessenbekundungsverfahrens für den Bau und den Betrieb einer
Kindertagesstätte

Herr Hager zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

-zurückgezogen-

- 7 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme/Entsendung eines 501/2023
beratenden Mitglieds aus dem Behindertenbeirat sowie eines Mitglieds
aus dem Jugendparlament in die Ausschüsse nach § 71 Abs. 1
NKomVG

Frau Stomberg erklärt, dass mit dem vorliegenden Antrag ein Mitglied aus dem Jugendparlament als Ausschussmitglied benannt werden soll. Herr Schönfelder informiert, dass hierfür eine namentliche Benennung notwendig sei. Herr Weithöner ergänzt, dass insbesondere für die Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine Vereidigung wichtig sei.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Der Beirat für Menschen mit besonderen Bedürfnissen/ Behindertenbeirat wird in folgende Ausschüsse
 - *Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration*
 - *Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven*
 - *Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven*als Sachverständiger mit beratender Stimme (ohne Stimmrecht) aufgenommen.
2. Das Jugendparlament wird in folgende Ausschüsse
 - *Schulausschuss*
 - *Jugendhilfeausschuss*
 - *Ausschuss für Kultur*
 - *Ausschuss für Sport*
 - *Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz*als Sachverständiger mit beratender Stimme (ohne Stimmrecht) aufgenommen.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Vorfeld der Beratungen die rechtliche Umsetzung im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die verschiedenen Ausschüsse zu Prüfen. Die Ergebnisse sind in den Ausschüssen vorzustellen und ggf. erforderliche Maßnahmen zu erörtern.

8 Berufung/Abberufung eines beratenden Mitgliedes und der Vertretung für den Jugendhilfeausschuss **31/2023**

Herr Schönfelder erklärt, dass von Frau Weinstock ein zweiter Vorschlag eingereicht wurde. Um für diesen abzustimmen, sei ein Änderungsantrag notwendig. Aus dem Ausschuss wird kein Änderungsantrag gestellt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Folgende Neubesetzung im Jugendhilfeausschuss wird beschlossen:

1. Frau Jasmin Meiners als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Herrn Niels Westerholt und
2. Frau Nadja Kruse als Stellvertretung für Jasmin Meiners.

9 Gesetzliche Anforderungen an die Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG)

Herr Ratzmann stellt die gesetzlichen Neuerungen des KJSG anhand der anliegenden Powerpoint-Präsentation vor. Viele Dinge seien bereits umgesetzt, andere seien Neuerungen für die Stadt Wilhelmshaven. Wichtig sei, dass insbesondere Prävention durch das Gesetz gestärkt werde. Insofern sei es nicht sinnvoll, im Rahmen von Sparmaßnahmen Prävention abzubauen, die in zwei Jahren wieder aufgebaut werden müssten. Herr Gerjets betont in diesem Zusammenhang, dass das insbesondere für die Jugendarbeit gelte.

Herr Suberg erfragt, ob es zur Umsetzung des Gesetzes Finanzmittel von Bund oder Land gebe. Herr Ratzmann verneint dies.

10 Mitteilungen und Anfragen

10.1 Vorstellung der neuen Geschäftsführung des Vereins für kommunale Prävention (VKP)

Herr Barkowsky stellt Frau Battermann als neue Geschäftsführung des VKP vor. Sie habe das Amt von Frau Bartelt-Kapustin zum 01.02.2023 übernommen. Der Jugendhilfeausschuss heißt sie willkommen.

10.2 Kurzbericht zur Messe "Sozial in die Zukunft"

Frau Homma erklärt, dass wie bereits in der Presse berichtet wurde, die Messe „Sozial in die Zukunft“ aufgrund mangelnden Interesses seitens der Schulen in den Herbst verschoben wurde. In diesem Zuge sei auch eine konzeptionelle Überarbeitung geplant.

10.3 Bericht aus der Verwaltung: Jugendschöffenwahl 2023

Frau Homma informiert den Jugendhilfeausschuss darüber, dass im Jahr 2023 Jugendschöffen und –schöffinnen gewählt werden. Dafür sei der Jugendhilfeausschuss vorschlagsberechtigt. In der vergangenen Woche seien daher alle im Rat vertretenen Parteien, Jugendhilfeträger, Sozialraumgremien und weitere Netzwerke über die Wahl informiert worden. Vorschläge nehme Frau Homma entgegen, um daraus eine Vorschlagsliste zu erstellen, die im April 2023 dem Jugendhilfeausschuss zum Beschluss vorgelegt werde. Anschließend erfolgen eine öffentliche Auslegung und die Wahl durch den Jugendschöffenwahlausschuss.

Insgesamt werden 16 Hauptjugendschöffen und 16 Ersatzjugendschöffen für das Amtsgericht Wilhelmshaven sowie 4 Jugendschöffen für das Landgericht Oldenburg gesucht. Die Vorschlagsliste müsse mindestens doppelt so viele Vorschläge umfassen, wie Jugendschöffen gewählt werden.

Jugendschöffe könne werden, wer die deutsche Staatsbürgerschaft habe, seinen Wohnsitz in Wilhelmshaven habe und zwischen 25 und 69 Jahren alt sei.

10.4 Sachstand Vergabe Kita Fedderwarden

Auf Anfrage von Frau Mandt erklärt Herr Ratzmann, dass es zur KiTa Fedderwarden keine neuen Rückmeldungen aus der Arbeitsgruppe KiTa Friedensstr & Fedderwarden gebe und der TOP in der kommenden Sitzung erneut thematisiert werde.

10.5 Jahresplanung 2023

Herr Ratzmann erklärt, dass Termine für 2023 an Frau Homma geschickt werden können, die die Ausschussmitglieder darüber informiert.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung 18:25 Uhr

gez.

Schönfelder
Erster Stadtrat

gez.

Hager
Vorsitzender

gez.

Homma
Protokollführerin